

Der Netzwerker

In dieser Ausgabe lesen Sie u.a.:

- Liberale Programmatik für Sachsen - gut aber teuer
Bericht vom 31. Landesparteitag der FDP Sachsen
- Gesundheitsreform: Alles wird teurer - aber nichts wird gut
Bericht vom 4. Tag des Liberalen Mittelstandes

Sachsen braucht Weiterbildung

(11/2008) Auf dem am Reformationswochenende stattgefundenen Landesparteitag der sächsischen FDP dem Parteitag stand erstmals ein von den Liberalen Arbeitnehmern ausgearbeiteter Antrag zur Abstimmung. In diesem forderten die Mitglieder des Vereins stellvertretend für die Beschäftigten, in Sachsen ein Recht auf berufliche Fortbildung (Bildungsurlaub) in Form eines Gesetzes zur

beruflichen Fortbildung einzuführen. Wolfgang Lesch und Ingo Liermann begründeten den Antrag im Plenum. Die „Neue Kraft für Sachsen“ zeigte sich auf der Zielgeraden leider kraftlos. Sven Morlok als leidenschaftlicher Vertreter der Programmkommission ist zu wünschen, dass er irgendwann doch mal in der ostdeutschen Realität ankommt und zur Kenntnis nimmt, dass diese Problematik bei einer tarifvertraglichen Bindung von nur 20% der Beschäftigten im Freistaat Sachsen doch nicht so einfach den Tarifpartnern überlassen werden kann. Leider wurde der Antrag nach kontroverser Diskussion mit knapper Mehrheit abgelehnt. Wolfgang Lesch, Vorsitzender der LAN, sieht dadurch Engagement und Präsenz der LAN jedoch gestärkt. „Wir sind überzeugt, dass nun die Mehrheit der Liberalen verstanden hat, dass es einer starken Stimme für die Beschäftigten im Freistaat bedarf, um deren Interessen angemessen zu vertreten. Die Abstimmungsniederlage nehmen wir sportlich .

Wir werden an diesem Thema dran bleiben und dieses auch im kommenden Jahr weiter forcieren – wir kommen wieder“.

Mit einem weiteren Antrag konnten sich die Liberalen Arbeitnehmer hingegen durchsetzen. Ihre Forderung, die Ausschreibung öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Mindestarbeitsstandards zu koppeln, fand die breite Zustimmung der Delegierten. „Mit unserem Einspruch haben wir klargestellt, dass wir unzumutbare, inakzeptable Arbeitsbedingungen für die sächsischen Beschäftigten ablehnen. Gleichwohl wir uns bewusst sind, dass wir mit Ländern wie China, Indien oder Rumänien im Wettbewerb stehen, setzen wir damit ein Zeichen, dass gute Arbeit angemessen bezahlt werden muss“, so Lesch abschließend.



Liberale Arbeitnehmer mit neuem Vorstand

(10/2008) Auf ihrer Sitzung am 11. Oktober in Chemnitz haben die Liberalen Arbeitnehmer Sachsen turnusmäßig einen neuen Vorstand gewählt. Im Amt bestätigt wurde dabei der bisherige Vorsitzende Wolfgang Lesch (Betriebsrat). Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Thomas Kovacs. Als Schatzmeister und Beisitzer fungieren Gerald Umbach beziehungsweise Norbert Just und Thilo Schaarschmidt. Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist künftig Martin Lebrecht zuständig. "Neben einer intensiven Mitarbeit in den Landesfachausschüssen der FDP Sachsen werden wir uns umgehend in die Gruppe der Gegner des geplanten Gesundheitsfonds einreihen und weiter daran arbeiten, möglichst viele Bürger über die Folgen dieser Reform aufzuklären.", so der neue LAN-Vorsitzende. "Zudem treten wir dafür ein, die Sozialabgaben unter die 40%-Marke zu drücken. Dieses Ziel ist finanziell möglich und eine Frage der Respekts gegenüber der arbeitenden Bevölkerung. Wir werden zudem keinerlei Beschneidungen des Arbeitsrechtes und sozialer Mindeststandards mittragen", so Lesch weiter.

Liberale Arbeitnehmer zu Gast im Bundestag

Am 19. September waren die Liberalen Arbeitnehmer Sachsen (LAN) zu Gast beim arbeits- und sozialpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Kolb. Auf dem Programm standen Gespräche rund um das Konzept des Liberalen Bürgergeldes der FDP. Neben theoretischen und konzeptionellen Fragen wurde auch die Umsetzbarkeit des Modells hinterfragt. Für die Mitglieder der LAN wurde deutlich, dass die bislang erarbeiteten Ansätze der Bundespartei noch keine adäquaten Problemlösungen für die noch immer unterschiedlich berechneten Rentenansprüche (Rentenpunkt-Problematik) in den Alten und Neuen Bundesländern der Republik bieten. Auch wurde bislang keine Lösung gefunden, wie man dem zu erwartenden Anstieg der Alterarmut begegnen will. Aus diesem Anlass werden sich die Liberalen Arbeitnehmer künftig stärker in die Beratungen über liberale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einschalten und ihren Forderungen nach einer umfassenden Neuregelung des Renten- und Arbeitsrechtes (siehe Artikel zur betrieblichen Fortbildung, Mitbestimmung und Anpassung des Rentenrechtes in Ost- und Westdeutschland) Nachdruck verleihen.

ePaper Impressum: Redaktionsschluss 20.11.2008



Digest der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V.

Herausgeber:

LAN Sachsen e.V.
Annaberger Straße 79; Radeberger Straße 51
D-09120 Chemnitz 01099 Dresden

Verantwortlicher Redakteur:

Norbert Just
Tel: 0371/ 590 56 – 90; www.liberale-arbeitnehmer-sachsen.de
info@liberale-arbeitnehmer-sachsen.de

Verbraucherinformation: Wir empfehlen

Roaming war gestern!

Weltweit in 80 Ländern für nur

29 ct/min mobil telefonieren;

0 ct/min Roaminggebühren

99 ct/MB mobiles Internet

Keine Vertragsbindung & als Highlight
+ 423 ... (SIM mit Vorwahl Fürstentum Liechtenstein)



Ein Angebot der United Mobile, www.united-mobile.de

Liberales Programm für Sachsen – Gut aber teuer

Landtagswahlprogramm aus Arbeitnehmersicht

Die Sachsen FDP hat auf ihren 31.Landesparteitag am 01.November die Programmatik für den Landtagswahlkampf im kommenden Jahr beschlossen. Um es vorweg zu nehmen, es ist das detaillierteste und umfassendste Wahlprogramm, welches sich die sächsischen Liberalen je gegeben haben. Aus Sicht der größten Zielgruppe liberaler Politik, der Arbeitnehmerschaft und der Bürger im erwerbsfähigen Alter lohnt sich schon ein Blick ins Detail. Mehr Netto vom Brutto, dass kann sofort Jeder unterschreiben. Und das Bekenntnis zu einem „arbeitnehmerfreundlichen Sachsen“ ist wohlthuend. Die Forderung nach der Möglichkeit „ von betriebsbedingten Kündigungen zum Erhalt oder der Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur“ stimmen da nachdenklich. Was heißt das? Alte raus? Offensichtlich nicht, denn wenige Abschnitte vorher ist ausgeführt, dass das Potenzial vorhandener und auch älterer Mitarbeiter besser genutzt werden sollte. Bei der Vergabe von öffentlichen Leistungen spricht sich das Programm unter dem Vorwand des bürokratischen Aufwandes gegen „auftragsfremde Kriterien wie Arbeitsbedingungen..“ aus, ohne jedoch die Frage zu beantworten, wie Qualität der Leistung und hochwertige (Facharbeiter-) Beschäftigung, gemeint sind hier auch die an Erfahrung reichen älteren aber teureren Beschäftigten, in Sachsen gesichert werden sollen. Grundlage von Beschäftigung sind gesunde Unternehmen. Solche sind nicht nur am Markt erfolgreich, sondern finden auch den fairen Ausgleich mit ihren Beschäftigten. Es soll an dieser Stelle nicht bestritten werden, dass dies für eine Vielzahl von sächsischen Unternehmen auch zutrifft.



Anstatt einer Glorifizierung von Unternehmen, getreu dem Zitat von Goethe, „edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ das Wort zu reden würde man sich schon eine differenzierte programmatische Betrachtung wünschen.

Die FDP „begrüßt“ eine Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg.

Nein - Die FDP sollte es fordern! Skuril wird es schließlich, wenn sich die Politik auf „die Information „ zu Beteiligungsmöglichkeiten von Investivlohn bis hin zur Gewinnprämie“ reduzieren soll. Die konkrete Ausgestaltung soll generell der Belegschaft und der Geschäftsführung überlassen werden. Mit dieser Aussage wird die Friseurin aus dem Erzgebirge mit 3,82 EUR/h Tariflohn + 12 EUR/Monat Scherengeld der FDP sicherlich sehr dankbar sein.

Die Wirtschaft boomt nun mal in München trotz oder eben wegen der höchsten Löhne. Die Billigesellschaft schafft wenige Gewinner. Leider auch wenig Kaufkraft. Dem Wirtschaftskreislauf geht so dauerhaft das „Schmiermittel“ aus. Es gibt sie, leider auch nicht wenige Unternehmer, welche durch eine persönliche Gewinnmaximierung ihre Beschäftigten auf der Strecke lassen und so an dem Zweig sägen auf welchem sie selbst und wir alle sitzen. (Fortsetzung Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Der globale Politikansatz der FDP und folglich seine Weichenstellungen sind aus Arbeitnehmersicht zu begrüßen. Die Details und deren Umsetzung belegen, dass es einer FDP nahen organisierten und kritischen liberalen Arbeitnehmerschaft in Sachsen bedarf. Die LAN Sachsen e.V. dürfen sich durch das Landtagswahlprogramm legitimiert fühlen.

Parteitag und Landtagswahlprogramm analysiert

Kam Sachsens liberaler Landeschef Holger Zastrow zu früheren Zeiten immer etwas jugendlich sympatisch unbeholfen daher - wirkt er heute schon richtig ministrabel. Mehr noch - er hat rhetorisch dazugelernt und war, zumindest was die Stimmung anbetraf das HighLight des Parteitages. Nach ihm wurde es schon etwas ruhiger, weil auch trockener. Die mühsame Lesung des Landtagswahlprogramms stand an. Dem Tagungspräsidium ist Respekt zu zollen, sie hatten die Sache immer im Griff, was bei streitbaren Liberalen nicht selbstverständlich ist.

Im Vorfeld des Parteitages gab es einen straffen Arbeitsplan für das Wahlprogramm. Leider wurde der ambitionierte Terminplan nicht ganz eingehalten, so das die Landesfachausschüsse in der Vielzahl ihre Zuarbeit in die BlackBox steckten und das wars. Rücklauf und Diskussion wurden eliminiert. Auch der Zeitraum für eine Diskussion in den Gliederungen der Partei vor Ort war einfach zu gering. Das Parteivolk revanchierte sich mit vielen leer gebliebenen Delegiertenplätzen. Dies sollte im Landesvorstand kritisch ausgewertet werden. Die programmatische Wunschliste der sächsischen Liberalen ist lang und teuer:

- Landeserziehungsgeld
- Kostenfreies Vorschuljahr
- Verbesserung der Lebensqualität auf dem Lande
- KITA Offensive mit einer Absenkung der Betreuungszahlen je Erzieher
- Neueinstellung bei der Polizei
- Anhebung der Arzthonorare auf Westniveau
- und zu guter letzt sehr notwendig mehr Motorbootanlegestellen an der Elbe.

Spätestens im Ergebnis der so sehr herbeigesehten Einladung zu

Koalitionsverhandlungen dürfte Ernüchterung einziehen, denn die CDU hätte das Eine oder Andere schon gern selbst eingeführt, wenn die Rahmenbedingungen dafür haushaltspolitisch gegeben wären. Kurz um auf die Frage: „Wer soll das bezahlen?“ sollte man sich schon mal vorbereiten.

Die Programmatik ist auf der Habenseite ehr dünn. Da sollen die Kosten für die Verwaltung gesenkt werden. Nur mit der Auflösung der Landesdirektionen allein wird es nicht getan sein, wesentlichste staatliche Aufgaben wären dann nach oben oder nach unten zu transportieren. Schließlich wird der Abbau der Bürokratie zum Programm erhoben. Gut so! Nur die Gegenrechnung der Wunschliste ist nirgends zu entnehmen.

Der Parteitag selbst trat gegen Ende des zweiten Beratungstages in trockenes Fahrwasser. Auf der einen Seite mitunter selbstdarstellerische Anträge und auf der Seite das überaus ausgeprägte Engagement der Programmkommission den vorliegenden Entwurf gegen Jeden und Alles zu retten, auch gegen durchaus gut gemeinte Vorschläge. Richtig nervig wurde es schließlich als die „Wirtschaftsliberalen“ und „Freiheit für Alle“ verheißenden Freunde aus dem KV Leipzig den Parteitag die unlängst geführte Diskussion zur Pflicht bei Kinderschutzimpfungen erneut auftischten. Eines muss man den Leipziguern lassen. Sie kommen geschlossen, streiten für „Ihre“ Themen und bleiben bis zum bitteren Ende. Der Versuch den „Ossis“ die wahre Freiheit beizubringen ist zwar knapp gescheitert, aber eben nur knapp. Grundsätzlich gilt: Wer nicht hingehet - oder wer nicht bis zum Schluss bleibt - überlässt Anderen die Bühne und darf sich dann über vielleicht nicht ganz repräsentativ erfolgte Beschlüsse nicht beklagen.

Gesundheitsreform –

Alles wird teurer – aber nichts wird gut

4. Deutscher Liberaler Mittelstandstag in Erfurt

Der Deutsche Mittelstandstag des Liberalen Mittelstandes fand in diesem Jahr in Erfurt statt. Auf Einladung des Bundesvorsitzenden des Liberalen Mittelstandes Herrn Dr. Kolb (MdB) weilte am 07. November eine Delegation des Vorstandes der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V. in Erfurt. „Der Mittelstand organisiert, die Arbeitnehmer produzieren und konsumieren. So vereinfacht stellt sich der Wirtschaftskreislauf dar. Arbeitnehmer sind kein Fremdkörper sondern integraler Bestandteil des Wirtschaftsgefüges. – und deshalb sind wir heute hier“, so Wolfgang Lesch auf interessierte Fragen.



LAN Vorstandsmitglied Norbert Just im Gespräch mit Dr. Kolb (Vorsitzender Liberaler Mittelstand) und Thomas L. Kemmerich, Vorsitzender der FDP Thüringens

Kernthema des ersten Tages war die Gesundheitsreform. Eine von der Thüringer Allgemeinen moderierte Diskussionsrunde war ein gelungener Einstieg in das Thema. Neben Herrn Dr. Kolb als sozialpolitischen Sprecher der FDP- Bundestagsfraktion nahmen Herr Spieth, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion die Linke im Deutschen Bundestag sowie Vertreter der IKK Thüringen, der Landesärztekammer und des Landesapothekerverbandes Thüringens teil.

In einer Frage war die Runde repräsentativ. Es gab keinen Befürworter für die Gesundheitsreform. Als politisch engagierter Bürger dieses Landes fragt man sich, wieso sind Alle dagegen und zumindest auf der Seite der Großkoalitionäre machen alle mit? Fazit: 15,5% Beitragssatz werden nicht reichen. 15,8% werden als kostendeckend erachtet. Im Wahljahr dürfen bei den Versicherern rote Zahlen produziert werden.

Danach ist es denen freigestellt die Beiträge individuell „anzupassen“. Wo bleibt das wirtschaftlich dringende Gebot einer Senkung der Lohnnebenkosten? Wo ist bei alledem der Lösungsansatz der FDP? Wir Liberale sind für die Stärkung der Verantwortung des Einzelnen. Kann es dauerhaft sein, dass sich die Mündigkeit des Bürgers, wie er gedenkt seine Gesundheitsrisiken abzusichern, sich nach seinem Geldbeutel, will heißen nach dem Erreichen der Beitragsbemessungsgrenze ergibt? Die Lösung kann nur sein: Steuerfinanzierte Grundsicherung z.B. über den zu schaffenden Gesundheitsfond. Private Zusatzversorgung je nach individuellem Bedürfnis. Gerade hier kann es nicht sein, dass der einzige zuschussfreie Sektor in der Krankenversicherung, die Private Krankenversicherung auf dem Altar der Eitelkeiten von Frau Schmidt geopfert wird. Klare Worte von der FDP gab es zu diesem Thema erst auf Nachfrage der Liberalen Arbeitnehmer. Immerhin!

Öffentliche Vergaben

Im Schienenpersonen-Nahverkehr

Qualitätsparameter einfordern – Hochwertige Beschäftigung sichern – Lohndumping verhindern



Wettbewerb im SPNV braucht Qualitätsparameter

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Bereich des SPNV muss zur Steigerung von Qualität und Leistung genutzt werden. Nur so wird es dem SPNV möglich sein, sich nachhaltig im intermodalen Wettbewerb zu behaupten.

Nicht alleinig primär betrachtete positive monetäre Effekte für die Aufgabenträger, sondern die Zufriedenheit der Kunden und damit die des zahlenden Bürgers sollten im Vordergrund des unternehmerischen Handelns stehen.

Hierzu sind Qualitäts- und Sozialstandards zu implementieren, welche bei Ausschreibungen und in ihrer Nachhaltung konkret in nachfolgenden Kriterien ihren Niederschlag finden.

Personalbemessung:

Nahverkehrszüge und größere Verkehrsstationen sind in der Regel mit Kundenbetreuern zu besetzen.

Die Kundenzufriedenheit wird maßgeblich durch die Fahrgastinformation, Anschlusssicherungen, Gewährleistung des Störungs- und Notfallmanagements, Tarifinformationen, Betreuung besonderer Fahrgäste (Mobilitätsbehinderte, allein reisende Kinder) und der Sauberkeit beeinflusst.

Fahrgeldsicherung, Verhinderung von Vandalismus, Steigerung der Kundenzufriedenheit und Kundenbindung sind mit wirtschaftlichen Vorteilen für die Erbringer von SPNV - Leistungen verbunden.

Qualifikation des Personals

Nur bedarfsgerecht qualifiziertes Personal ist in der Lage, den multifunktionalen Betreuungsaufgaben im SPNV gerecht zu werden.

Beschwerde- und Ideenmanagement:

Wichtig ist zudem die Einrichtung eines kundennahen Ideenmanagements -und betrieblichen Vorschlagswesens. Die Erkenntnisse hieraus sind regelmäßig auszuwerten und umzusetzen. Den sich beschwerenden bzw. anregenden Kunden und Beschäftigten ist innerhalb einer festzusetzenden Frist eine Rückmeldung über die eingeleiteten Maßnahmen zu geben. Wichtig ist eine enge Verknüpfung zwischen Beschwerdemanagement und Kundenbetreuung.

Soziale Standards

Die Kundenzufriedenheit und die Gewinnung neuer Kunden kann nur mit der Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsdienstleistungen erreicht werden. Ohne diese Voraussetzungen sind die Arbeitsplätze der Beschäftigten gefährdet. Ohne eine klare Qualitätsorientierung ist die Sicherung und Fortentwicklung sozialer Standards für die Beschäftigten nicht zu erreichen.

Um auch auf diesem Weg die für das angestrebte Qualitätsniveau notwendigen zufriedenen, motivierten und kompetenten Beschäftigten zu finden, sind seitens der Auftraggeber und der Aufsichtsbehörden verbindliche Vorgaben zu Beschäftigungsbedingungen notwendig. Dies betrifft insbesondere die Sicherung der sozialen Bedingungen bei einem Betreiberwechsel im Ergebnis einer Folgeausschreibung.

Zusammenfassung:

Ein qualitativ hochwertiger SPNV generiert sich nur über die Triebfeder des Wettbewerbs.

Wettbewerb benötigt auch dessen Akzeptanz auf der Anbieterseite von SPNV-Leistungen. Die Sicherung der sozialen Standards der Beschäftigten erfolgt durch transparente und verbindliche Wettbewerbskriterien und nicht durch branchenbezogene Mindestlöhne.

Hierzu haben sich die Aufgabenträger und Leistungserbringer zu Qualifikationsstandards zu verständigen und zu vereinbaren.

Eine Berücksichtigung der Anstrengungen der Eisenbahn-Verkehrsunternehmen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsniveaus durch Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter als Vergabekriterium sollte hierzu Anreiz sein.

Sicherheit

Die Verkehrssicherheit ist durch ein hohes Qualitätsniveau bei der Instandhaltung der Fahrzeuge und bei der Bereitstellung der Infrastruktur zu gewährleisten. Die Einhaltung der Bestellervorgaben ist durch Zertifizierung und regelmäßige Auditierung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden zu gewährleisten.

Durch den planmäßigen Einsatz von Sicherheitspersonal insbesondere in Tagesrandzeiten ist der Einsatz der Kundenbetreuer gezielt zu flankieren.

QualitätsmanagementQualitätsbewertung / -kontrolle:

Die Aufgabenträger haben eine wichtige Funktion bezüglich der Kontrolle und Bewertung der in Verkehrsverträgen verbindlich zu definierten Qualität. Hierzu sind Qualitätssicherungssysteme einzurichten, bei denen durch die Erhebung objektiver Daten und durch die Befragung von Kunden das Qualitätsniveau erfasst wird.

Quelle:
Arbeitspapier
FDP Bundesfachausschuss Verkehr

Der Netz Werker

Liebe Leser,

Sie halten heute die erste Ausgabe des Netz Werkers in Ihrer Hand. Netzwerke haben nicht nur in der Technik Bedeutung sondern sind auch im Miteinander von Interessensgruppen unabdingbar. Wer nicht Teil eines Netzwerkes ist bleibt Einzelkämpfer. Wir haben gelernt, dass wir unsere Interessen nur gemeinsam mit Gleichgesinnten durchsetzen können. Arbeitnehmer und Arbeitgeber bilden dabei eine Schicksalsgemeinschaft. Im Gegensatz zu den Klassenkampfideologen des linken politischen Spektrums sehen wir im Unternehmer einen strategischen Verbündeten. Diejenigen allerdings, welche sich von egoistischen Interessen leiten lassen, Arbeitnehmer nicht am erarbeiteten Wohlstand teilhaben lassen und mehr noch – sich indirekt über Minilöhne von der Gesellschaft subventionieren lassen, getreu dem Motto: „4,00 EUR die Stunde reichen Ihnen nicht? –Holen Sie sich doch den Rest beim Sozialamt“ werden wir hier aufs Korn nehmen. Auch auf jene, welche unser Sozialsystem als Leistungsempfänger dreist ausnutzen werden wir ein wachsames Auge haben. Gleiches gilt übrigens auch für die Politiker, welche dies fahrlässig zum Schaden unserer Gesellschaft zulassen. Der Netz Werker soll hierbei ein Begleiter sein. Dieser wird unregelmäßig, je nach politischem Erfordernis erscheinen.

Ihre Anregungen richten Sie bitte an info@liberale-arbeitnehmer-sachsen.de
Mit freundlichen Grüßen

Ihr *Norbert Just*

Unverlangt zugesendete Manuskripte nehmen wir gern entgegen. Eine Veröffentlichung bleibt der Redaktion vorbehalten. Eine Vergütung ist nicht vorgesehen.

Cartoon verbal



Sie sind

Lokführer, Pilot, Arzt, Banker oder verfügen sonst irgendwie über ein gesellschaftlich relevantes Erpressungspotenzial ?

Sollte es mit Ihrem Verdienst oder mit Ihrem Business mal nicht so gut laufen

Wir kümmern uns um Sie!

Unsere Kanzlerin, als auch ihre Minister stehen Ihnen unverzüglich zur Moderation und zur Lösung Ihrer Probleme zur Verfügung. Für Zwischenfinanzierungen und Liquiditätsbeihilfen ab 500 Mrd EUR garantieren wir Ihnen binnen 5 Werktagen die erforderlichen Parlamentsbeschlüsse.

Sie gehören nicht zum benannten Personenkreis? – Auch kein Problem.

In diesem Fall werden Sie von unserer Finanzverwaltung durch unsere örtlichen Finanzämter betreut. Unterstützen Sie Ihre Bundesregierung in dieser haushaltspolitisch so angespannten Situation z.B. durch freiwillige Einkommensteuer-Vorauszahlungen

Ihre Bundesregierung

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

"Sobald die Regierung einzelne Branchen oder gar einzelne Unternehmen mit Staatsgeld stützt, löst sie eine gefährliche Subventionsspirale aus. Heute Autobauer, morgen Fluggesellschaften, übermorgen der Einzelhandel - nicht der stärkste Staat kann so viele Unternehmen retten, wie nach Rettung rufen." 17.11.2008